

## **Beschluss des Rates der Stadt Lünen am 06.12.2012 (keine Gegenstimme, 1 Enthaltung)**

### **„Save-me“ - Lünen sagt Ja zur Aufnahme von Flüchtlingen**

1. Der Rat der Stadt Lünen erklärt seine Bereitschaft, im Rahmen eines Resettlementprogramms ein Kontingent von Flüchtlingen dauerhaft aufzunehmen und bestmöglich zu integrieren.
2. Der Rat der Stadt Lünen appelliert an die Bundesregierung, das dem Anliegen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) entsprechende Programm zur dauerhaften Aufnahme schutzbedürftiger Flüchtlinge (Resettlement) zu ändern. Beim Flüchtlingsaufnahmeprogramm sollte die Befristung auf drei Jahre entfallen und die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge deutlich über die vorgesehenen jährlich 300 hinausgehen.

#### **Begründung:**

Millionen schutzbedürftige Flüchtlinge weltweit befinden sich heute in einer ausweglosen Lage. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, die – selbst meist armen und strukturell überforderten – Erstzuflüchtländer bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht allein zu lassen. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) ist von den Vereinten Nationen beauftragt, dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge zu finden. Eine solche Lösung ist unter anderem die dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen in einem aufnahmebereiten Staat („Resettlement“ oder „Neuansiedlung“). Eine ganze Reihe von Staaten betreiben seit Jahrzehnten Neuansiedlungsprogramme auf freiwilliger Basis, vor allem die USA (mit 54 000 Flüchtlingen im Jahr 2010). Auch europäische Staaten wie Schweden, Norwegen, Dänemark, Großbritannien und die Niederlande stellen jährliche Aufnahmekontingente für Flüchtlinge bereit.

Vor dem Hintergrund der Situation der Flüchtlinge auf der Welt hält UNHCR eine Ausweitung der verfügbaren Neuansiedlungskapazitäten für dringend erforderlich und versucht, auch Deutschland zu einem Resettlementprogramm zu bewegen und unterstützt die Aktion „Save-me“. Eine Ausweitung der Neuansiedlungspolitik wird auch von den europäischen Institutionen, namentlich dem Europäischen Rat und dem Europaparlament, ausdrücklich unterstützt. In der Öffentlichkeit wurden 30.000 Neuansiedlungsplätze für Flüchtlinge in Deutschland gefordert.

Mit Beschluss vom Dezember 2011 haben die Innenminister von Bund und Ländern den Einstieg Deutschlands in ein kontinuierliches Flüchtlingsaufnahmeprogramm beschlossen. Die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge mit je 300 in den kommenden drei Jahren ist jedoch deutlich unter dem, was der Größe und Möglichkeit Deutschlands angemessen wäre.

Wir wollen uns als Kommune ausdrücklich dazu bekennen, Flüchtlinge bei uns aufzunehmen und unseren Teil dazu beitragen, dass Schutzbedürftige, die sich in ausweglosen Situationen befinden, eine neue Heimat finden und eine Lebensperspektive erhalten. Platz genug ist da: Die Flüchtlingszahlen sind in Deutschland so niedrig wie seit 30 Jahren nicht mehr. In Zeiten durchgreifender Abschottung an den Grenzen Europas und bei weltweit konstant hohen Flüchtlingszahlen steht auch Deutschland in der Verantwortung. Durch den obigen Beschluss will unsere Stadt ihren Teil zu einer verantwortungsvollen und menschlichen Flüchtlingspolitik beitragen.

Der Lünener Dialog hat gezeigt, dass Lünen sich Zukunftschancen erschließen kann durch kulturelle Öffnung und Entwicklung zu einem inklusiven Gemeinwesen. Die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen ist eine Möglichkeit, diese Öffnung nach innen und außen deutlich zu machen und zu konkretisieren.

Bei der Eingliederung der Menschen soll die gute Zusammenarbeit mit den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege und anderen Institutionen fortgeführt werden.